



Presseinformation - 203/03/2022

02.03.2022
Seite 1 von 3

Gemeinsame Erklärung von Land und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Solidarität mit der Ukraine – Wissenschaftliche Beziehungen zu Russland ruhen bis auf Weiteres

Landespresse- und Informationsamt
40213 Düsseldorf
presse@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-1134

Bürgertelefon 0211 837-1001
nrwdirekt@nrw.de
www.land.nrw

Ministerin Pfeiffer-Poensgen: Freiheit und Frieden unabdingbare Voraussetzungen für wissenschaftlichen Austausch

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft hat sich heute mit Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen und weiterer Wissenschaftseinrichtungen, der Studierenden, der Universitätskliniken sowie der Studierendenwerke zur aktuellen Situation rund um den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung ausgetauscht.

Alle Beteiligten haben sich dabei auf eine gemeinsame Erklärung verständigt: Die Hochschulen im Land sowie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes sind dazu aufgerufen, bestehende wissenschaftliche Kooperationen und Beziehungen mit Russland und russischen Einrichtungen kritisch zu prüfen und bis auf Weiteres ruhen zu lassen. Die Entscheidung steht im Einklang mit Erklärungen unter anderem des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Allianz der Wissenschaftsorganisationen.

„Der russische Angriff auf die Ukraine ist eine tiefgreifende Zäsur in Europa. Dieser eklatante Bruch des Völkerrechts lässt sich durch nichts rechtfertigen. Freiheit und Frieden sind unabdingbare Voraussetzungen für wissenschaftlichen Austausch und Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen haben wir uns deshalb heute darauf verständigt, wissenschaftliche Aktivitäten und Kooperationen mit russischen Einrichtungen

ruhen zu lassen. Wir alle bedauern diesen Schritt sehr – er ist aber aktuell ohne wirkliche Alternative“, sagt Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft, die Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen der Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) sowie Kunst- und Musikhochschulen, Vertreter der Kanzlerkonferenzen der Universitäten, der HAWs sowie Kunst- und Musikhochschulen, die Sprecher der Dekane der Medizinischen Fakultäten, die Vertreter der Universitätskliniken, der Vorstand der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft, die Sprecher der Studierendenwerke sowie die Koordination des Landes-ASTen-Treffens fassten gemeinsam folgende Erklärung:

„Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine schockiert uns und macht uns fassungs-, aber nicht sprachlos. Unsere Gedanken sind bei den betroffenen Menschen in der Ukraine. Ihnen gilt unsere Solidarität, unser Beistand und unsere Unterstützung. Wir denken an all jene, die um Familie, Freunde und Heimat bangen. Unter ihnen sind unsere Kommilitoninnen und Kommilitonen, unsere Kolleginnen und Kollegen. Die Wissenschaftsgemeinschaft in der Ukraine ist stark betroffen, viele Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befinden sich in Lebensgefahr oder sind auf der Flucht. Gemeinsam wollen wir den wertvollen Austausch in Kunst und Wissenschaft mit der Ukraine so gut es geht aufrechterhalten. Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen wissen, dass sie hier in Nordrhein-Westfalen jederzeit willkommen sind.

Der wissenschaftliche Austausch Nordrhein-Westfalens mit Russland war über viele Jahre wertvoll und bereichernd. Der von dem russischen Präsidenten Putin begonnene Krieg kann nicht folgenlos bleiben.

Die Hochschulen im Land sowie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes sind dazu aufgerufen, bestehende wissenschaftliche Kooperationen und Beziehungen mit Russland und russischen Einrichtungen kritisch zu prüfen und bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Neue Projekte werden zum aktuellen Zeitpunkt nicht begonnen. Dieser Schritt ist notwendig und fällt dennoch schwer. Wir wissen um diejenigen Russinnen und Russen – in Russland wie auch hier in Deutschland

–, die den von dem russischen Präsidenten begonnenen Krieg gegen die Ukraine nicht unterstützen. Ihnen und insbesondere denjenigen Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich mutig gegen den Krieg ausgesprochen haben, gilt unsere Sympathie und Achtung.“

Bei Bürgeranfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon 0211 896-04.

Bei journalistischen Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, Telefon 0211 896-4790.

Dieser Presstext ist auch verfügbar unter www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)